

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES VON OLTEN

vom 13. Januar 2020

Sitzung des Gemeindeparlaments der Stadt Olten vom 23. Januar 2020

Berichterstattung zu erheblich erklärten Vorstössen

(Postulate und allenfalls in Kompetenz des Stadtrates erfüllte Motionen)

<p><u>Vorstosstitel:</u></p> <p>Postulat Fraktion SP/JSP betr. Mehr Einwohner/innenbeteiligung durch Digitalisierung</p>
<p><u>Zeitpunkt der Erheblicherklärung:</u></p> <p>24. Januar 2019</p>
<p><u>Vorstosstext:</u></p> <p><i>Im Sinne der Transparenzförderung und somit der Glaubwürdigkeit sowie des erleichterten Zugangs zu Informationen wird der Stadtrat aufgefordert, eine Strategie in Bezug auf die erweiterten Möglichkeiten, welche die Digitalisierung an Einwohner/innen-Beteiligung bietet, auszuarbeiten. Diese Strategie soll Zielsetzungen, Tätigkeiten und Zuständigkeiten der Stadtverwaltung in relevanten Themenfeldern festlegen. Für die Umsetzung der Strategie und deren Pilotprojekte müssen ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.</i></p>
<p><u>Zuständige Direktion:</u></p> <p>Direktion Finanzen und Dienste</p>
<p><u>Prüfungsbericht:</u></p> <p>Der Stadtrat hatte in seiner Beantwortung Digitalisierung nicht als Projekt als solches, sondern als Daueraufgabe bezeichnet. Unter diesem Blickwinkel sowie aufgrund mangelnder Ressourcen sieht er keine Möglichkeit, derzeit eine Gesamtstrategie und einen Massnahmenplan, wie sie der Vorstoss in seiner ursprünglichen Form als Motion gefordert hatte, auszuarbeiten, sondern verfolgt weiterhin den Ansatz, Digitalisierungsmöglichkeiten bei laufenden Projekten zu prüfen und im Rahmen der einzelnen Projekte dem entsprechenden Bewilligungsorgan zu unterbreiten. Zu den auf diesem Weg bereits realisierten Angeboten gehören unter anderem die Dienstleistungen im Online-Schalter unter olten.ch, eUmzug, eBill oder auch der soeben lancierte zusätzliche barrierefreie Webauftritt.</p>
<p><u>Geplante Massnahmen:</u></p> <p>Prüfung von Digitalisierungsmöglichkeiten bei laufenden Projekten</p>

Berichterstattung zu erheblich erklärten Vorstössen

(Postulate und allenfalls in Kompetenz des Stadtrates erfüllte Motionen)

<p><u>Vorostitel:</u></p> <p>Postulat Fraktion SP/JSP betr. Verbesserung Beleuchtung für Velofahrer/Fussgänger</p>
<p><u>Zeitpunkt der Erheblicherklärung:</u></p> <p>24. Januar 2019</p>
<p><u>Vorostext:</u></p> <p><i>Der Stadtrat soll einen konkreten Auftrag erarbeiten, der die Städtischen Betriebe Olten (sbo) auffordert, die Beleuchtung der Verkehrswege für Fussgänger und Velofahrer mit modernen energiesparenden Leuchtmitteln innerhalb der nächsten 2 Jahre so zu verbessern, dass die objektive und subjektive Sicherheit für die Velofahrer und Fussgänger deutlich verbessert wird. Als Mass sollen nicht gesetzliche Mindestanforderungen oder Minimalanforderungen einer Norm dienen, sondern die heute mögliche «best practice»..</i></p>
<p><u>Zuständige Direktion:</u></p> <p>Direktion Bau</p>
<p><u>Prüfungsbericht:</u></p> <p>Der Stadtrat hatte in seiner Beantwortung des ursprünglich als Motion eingereichten Vorstosses die Wahl der richtigen Beleuchtung von Fussgänger- und Veloverkehrsrouten als wichtiges Anliegen bezeichnet und betont, dass Olten als Energiestadt eine vollständige Umstellung der Leuchtmittel auf energiesparende Technologien anstrebe. Um möglichst wenig graue Energie durch verfrühte Wechsel zu vernichten, habe die Umstellung aber in Etappen und abhängig von der Lebensdauer bestehender Anlagen zu erfolgen. Der Verbesserungsbedarf bei den Langsamverkehrsverbindungen werde laufend überprüft; im Vordergrund bei den mit den sbo abgesprochenen Investitionen stünden neben Neubauten vor allem Umbauten, Sanierungen, Schulwegsicherungen und Vorkehrungen bei allfälligen Unfallschwerpunkten.</p>
<p><u>Geplante Massnahmen:</u></p> <p>Laufende Erneuerung im Rahmen von Neubauten, Umbauten und Sanierungen.</p>

Berichterstattung zu erheblich erklärten Vorstössen

(Postulate und allenfalls in Kompetenz des Stadtrates erfüllte Motionen)

<p><u>Vorostitel:</u></p> <p>Postulat Fraktion SP/JSP betr. Velofreundlichere Ampelsteuerung</p>
<p><u>Zeitpunkt der Erheblicherklärung:</u></p> <p>24. Januar 2019</p>
<p><u>Vorostext:</u></p> <p><i>Der Stadtrat soll prüfen, unter welchen Bedingungen mit dem Kanton vereinbart werden kann, dass mindestens die Lichtsignalanlagen am Postplatz, bei der Gäubahnbrücke, bei der Shanghai-Kreuzung und beim Café Ring angepasst werden, dass sie während der passiven Phase in der Nacht durch die Velofahrer so aktiviert werden können, dass durch eine aktive Steuerung des Verkehrs eine sichere Querung der Kreuzungen für Velofahrer möglich ist.</i></p>
<p><u>Zuständige Direktion:</u></p> <p>Direktion Präsidium</p>
<p><u>Prüfungsbericht:</u></p> <p>Der Stadtrat hat bereits in seiner Beantwortung darauf hingewiesen, dass der Postplatz in den nächsten Jahren umgebaut und mit einer 24-Stunden-Betrieb der Lichtsignalanlage ausgestattet werden soll. Er hat inzwischen beim Kanton erreichen können, dass die Anlage beim Postplatz nicht mehr nur bis 22 Uhr, sondern neu bis 23.30 Uhr läuft, bevor sie bis um 5 Uhr, am Wochenende bis um 7 Uhr auf passiv schaltet. Die weiteren Abklärungen haben hingegen bestätigt, dass die geforderte Umstellung von «Gelbblinken» auf Anmeldung mit Kosten verbunden wäre, welche in keinem Kosten-Nutzen-Verhältnis stünden; zumal die erwähnten Kreuzungen nicht als Unfallschwerpunkte zu erkennen sind. Zudem würden diese Anmeldung sowie die Einführung des 24-Stunden-Betriebs zu Wartezeiten führen, was den übrigen Verkehrsfluss (auch jenen der Fahrradfahrenden) unterbrechen würde und zu Unverständnis führen dürfte.</p>
<p><u>Geplante Massnahmen:</u></p> <p>Keine weiteren Massnahmen.</p>

Berichterstattung zu erheblich erklärten Vorstössen

(Postulate und allenfalls in Kompetenz des Stadtrates erfüllte Motionen)

<p><u>Vorostitel:</u></p> <p>Überparteiliches Postulat betr. WLAN im Stadthaus</p>
<p><u>Zeitpunkt der Erheblicherklärung:</u></p> <p>24. Januar 2019</p>
<p><u>Vorostext:</u></p> <p><i>Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob der Parlamentssaal sowie die Besprechungszimmer im 4., 7. Und 9. Stock und der Empfangsraum in 11. Stock mit WLAN ausgerüstet werden können.</i></p>
<p><u>Zuständige Direktion:</u></p> <p>Direktion Finanzen und Dienste</p>
<p><u>Prüfungsbericht:</u></p> <p>Im Zusammenhang mit diesem Postulat hat der Stadtrat auch eine weitere Erschliessung des Stadthauses mit WLAN geprüft, welche ein mobiles Arbeiten innerhalb der Verwaltung ermöglichen würde. Bei der Erarbeitung eines WLAN-Konzeptes in Zusammenarbeit mit einer externen Firma wurde schnell klar, dass eine einfache Lösung aufgrund der massiven Baukonstruktion des Stadthauses nicht möglich ist und jede einzelne Etage mit mehreren Komponenten bestückt werden müsste. Vorgesehen wurde ein WLAN in zwei Bereichen: einerseits ein Internetzugang für Gäste und Parlamentsmitgliedern, andererseits ein unterbruchfreies Arbeiten für interne Nutzer/innen. Die Gesamtkosten beliefen sich auf rund 200'000 Franken einmalig und rund 8'800 Franken jährlich wiederkehrend. Angesichts der hohen Kosten verzichtete der Stadtrat auf die Genehmigung eines entsprechenden Nachtragskredits und wartet für den zweiten Bereich insbesondere das Ergebnis der laufenden Erarbeitung einer neuen IT-Strategie für die Stadtverwaltung im Jahr 2020 ab.</p>
<p><u>Geplante Massnahmen:</u></p> <p>Erneute Prüfung im Rahmen der Erarbeitung einer neuen IT-Strategie für die Stadtverwaltung im Jahr 2020.</p>

Berichterstattung zu erheblich erklärten Vorstössen

(Postulate und allenfalls in Kompetenz des Stadtrates erfüllte Motionen)

<u>Vorstosstitel:</u> Postulat Laura Schöni und Tobias Oetiker (OJ) betr. Feuerwerk Bundesfeier
<u>Zeitpunkt der Erheblicherklärung:</u> 24. Januar 2019
<u>Vorstosstext:</u> <i>Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, welche Alternativen zur Ausrichtung eines Feuerwerks während der städtischen Bundesfeier infrage kommen.</i>
<u>Zuständige Direktion:</u> Direktion Präsidium
<u>Prüfungsbericht:</u> Der Stadtrat hatte die Prüfung von Alternativen zum Feuerwerk auf das Jahr 2020 hin angekündigt. Mit Blick auf den dringend erforderlichen Klimaschutz und angesichts der in den letzten Jahren wachsenden Trockenheit in den Sommermonaten hat er aber bereits Anfang Sommer 2019 beschlossen, als mögliche Massnahme auf Gemeindeebene ab sofort auf ein städtisches Feuerwerk im Rahmen der Bundesfeier zu verzichten. Ausschlag gaben auch die zahlreichen positiven Rückmeldungen, als das Feuerwerk im Jahr 2018 wegen der Waldbrandgefahr abgesagt werden musste und viele Oltnerinnen und Oltner die Reduktion von Lärm und Luftverschmutzung begrüsst. Der Verzicht wird beibehalten; die Ausgestaltung der Bundesfeier 2020 wird noch festgelegt.
<u>Geplante Massnahmen:</u> Keine weiteren Massnahmen.

Berichterstattung zu erheblich erklärten Vorstössen

(Postulate und allenfalls in Kompetenz des Stadtrates erfüllte Motionen)

<u>Vorostitel:</u> Postulat Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Bildung eines Friedensrichterkreises
<u>Zeitpunkt der Erheblicherklärung:</u> 24. Januar 2019
<u>Vorostext:</u> <i>Der Stadtrat wird beauftragt, die Bildung eines Friedensrichterkreises für die Region Olten zu fördern.</i>
<u>Zuständige Direktion:</u> Direktion Präsidium
<u>Prüfungsbericht:</u> Der Stadtrat hat die umliegenden Gemeinden betr. Interesse an der Bildung eines Friedensrichterkreises kontaktiert. Fünf Gemeinden haben sich an Gesprächen interessiert gezeigt. Ein erster Termin hat im Dezember 2019 stattgefunden; dabei wurde den interessierten Gemeinden auch ein Vertragsentwurf ausgeteilt. Die Gespräche werden im laufenden Jahr fortgesetzt.
<u>Geplante Massnahmen:</u> Fortführung der Verhandlungen mit Zeithorizont Beginn der Legislatur 2021-2025.

Berichterstattung zu erheblich erklärten Vorstössen

(Postulate und allenfalls in Kompetenz des Stadtrates erfüllte Motionen)

<p><u>Vorstosstitel:</u></p> <p>Motion Christine von Arx (SP/JSP) und Mitunterzeichnende betr. Kommission Bifangplatz</p>
<p><u>Zeitpunkt der Erheblicherklärung:</u></p> <p>21. März 2018</p>
<p><u>Vorstosstext:</u></p> <p><i>Gemäss Art. 52a Gemeindeordnung wird der Stadtrat beauftragt, eine nichtständige ausserparlamentarische Kommission für das Projekt Sanierung Bifangplatz/flankierende Massnahmen Sälipark 2020 einzusetzen.</i></p>
<p><u>Zuständige Direktion:</u></p> <p>Direktion Präsidium</p>
<p><u>Prüfungsbericht:</u></p> <p>Der Stadtrat hatte in seiner Beantwortung darauf hingewiesen, dass der Einbezug der Bevölkerung vorgesehen sei, sobald die Nutzungsplanung Sälipark 2020 genehmigt sei und damit zentrale Rahmenbedingungen für die Neugestaltung des Bifangplatzes – u.a. bezüglich Buslinienführung – definiert seien. Die Nutzungsplanung Sälipark 2020 ist derzeit beim Regierungsrat pendent; die Einsetzung der Kommission gemäss Auftrag des Parlaments macht somit aufgrund der unklaren Ausgangslage noch keinen Sinn.</p>
<p><u>Geplante Massnahmen:</u></p> <p>Einsetzung der ausserparlamentarischen Kommission bei Rechtskraft der Nutzungsplanung Sälipark 2020. Weil der Stadtrat als Wahlbehörde definiert wurde, wird dies zu keiner Parlamentsvorlage führen.</p>

Stadtkanzlei Olten
Der Stadtschreiber:

D. V.